

Höngg aktuell

DONNERSTAG, 10. FEBRUAR

Indoor-Spielplatz

9.30 bis 16 Uhr. Mittwochs und donnerstags stehen Bobbicans, Kletternetz, Gireizli und viele Spielsachen im Kulturkeller bereit. Ein Teammitglied des GZ ist anwesend. GZ Höngg, Limmattalstrasse 214.

Malen an der Staffelei

14 bis 16 Uhr. Freies Malen für Kinder mit Begleitperson. Staffeleien, Malblätter, Malschossen, Farben und Pinsel stehen zur Verfügung. 2 Franken pro Blatt, 50 Prozent mit KulturLegi. Ausser in den Sommerferien. GZ Höngg, Limmattalstrasse 214.

FREITAG, 11. FEBRUAR

Senioren Turner

9 Uhr. Gymnastik, Fitness, Gedächtnistraining. Jeden Freitag. Reformiertes Kirchgemeindehaus, Ackersteinstrasse 186.

Turnen 60plus

9 bis 11 Uhr. Für Frauen, die trotz des Alterwerdens ihre Beweglichkeit und Kraft erhalten wollen. Jeden Freitag (ausser in den Schulferien) von 9 bis 10 Uhr oder von 10 bis 11 Uhr. Pfarramt Heilig Geist, Limmattalstrasse 146.

Freies Malen

9.30 bis 12 Uhr. Jeden Freitag (ausser in den Schulferien), nur mit Begleitung. Platzzahl beschränkt. 2 Franken pro Blatt. GZ Höngg, Standort Rütihof, Hurdackerstrasse 6.

Offener Jugendtreff im Chaste

19.30 Uhr. Ab der Oberstufe treffen sich die Jugendlichen in dem von ihnen selbst gestalteten Treff. Drinnen oder draussen wird diskutiert, Musik gehört oder getöggelt. Bis 22.30 Uhr. GZ Höngg Kasten, Im oberen Boden 2.

MONTAG, 14. FEBRUAR

Bewegung mit Musik

8.45 bis 11 Uhr. Für Gelenke und Muskeln mit Lachen und Geselligkeit, fein, subtil und effizient. Jeden Montagmorgen, 8.45 bis 9.45 und 10 bis 11 Uhr. Reformiertes Kirchgemeindehaus, Ackersteinstrasse 186.

Am 13. Februar kommen vier Vorlagen auf eidgenössischer Ebene zur Abstimmung. Der «Höngger» hat die in den Zürcher Parlamenten vertretenen Parteien aus dem Wahlkreis 6 und 10 um ihre Empfehlung gebeten.

1.) Volksinitiative vom 18. März 2019 «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt»

2.) Volksinitiative vom 12. September 2019 «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung (Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung)»

3.) Änderung vom 18. Juni 2021 des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben

4.) Bundesgesetz vom 18. Juni 2021 über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien



SVP

Johann Widmer,
SVP Kreis 10

1.) Nein. Diese Initiative ist extrem und gefährdet den Forschungsstandort Schweiz. Es bestehen schon genug gute Gesetze, um Missbräuche zu verhindern.

2.) Nein. Die Verbotswelle muss gestoppt werden. Wir haben schon genug Verbote und unsere Jugend ist gut geschützt. Niemand von uns will, dass Kinder rauchen. Und niemand von uns will, dass Kinder zum Rauchen verführt werden. Und hier wurde in der Schweiz schon sehr viel erreicht. Bedenken Sie bitte auch, was schon alles verboten wurde. Diese Initiative ist extrem und daher abzulehnen.

3.) Ja. Erhöht ein KMU sein Aktienkapital, handelt ein KMU mit seinen Aktien oder zahlt das KMU Versicherungsprämien, dann wird die Stempelsteuer fällig. Das KMU zahlt somit dem Staat Steuern von dem Geld, das es eigentlich für den Weiteraufbau des Unternehmens geplant hat.

Fast 90 Prozent der von dieser Steuer betroffenen Unternehmen sind KMU mit weniger als 250 Mitarbeitenden. Sie machen über 99 Prozent der Unternehmen in der Schweiz aus und stellen zwei Drittel der Arbeitsplätze. Die Stempelsteuer bedroht direkt die Arbeitnehmenden, weil sie die Zukunft der Unternehmen, die sie beschäftigen, gefährdet.

4.) Nein. Vom Staat finanzierte Medien sind nicht mehr glaubwürdig. Die Geschichte lehrt, dass staatlich kontrollierte Medien Gegenpositionen der Opposition abwürgen und die demokratischen Kontrollen somit aufgehoben werden. Wir wollen auch keine Steuergeld-Millionen an Medienmillionäre verschwenden.



GLP

Selina Frey,
GLP,
Kreis 6 und 10

1.) Nein. Die GLP setzt sich für die Weiterentwicklung und Priorisierung von Ersatzmethoden an Stelle von Tierversuchen ein. Heute gibt es jedoch leider keine Alternativen, welche eine vollständige Abschaffung derer erlaubt. Ein sofortiges Verbot würde nur zu einer Verlagerung ins Ausland führen, wo es meist schwächere Regeln gibt.

2.) Ja. Der Zeitpunkt des Einstiegs ins Rauchen und der Folgeerscheinungen liegen sehr weit auseinander und der Anteil an Rauchern bei den Jungen ist in der Schweiz vergleichsweise hoch. Viele Einflussfaktoren können nicht direkt gesteuert werden (zum Beispiel das persönliche Umfeld), der Einfluss der Werbung jedoch schon.

3.) Ja. Die Abschaffung der einprozentigen Emissionsabgabe auf Eigenkapital mindert die Last für inländisch ansässige oder zuziehende Unternehmen, insbesondere auch Start-ups und KMU. Wir begrüßen die Förderung der Standortattraktivität und den indirekten Beitrag zur Bewältigung von wirtschaftlich herausfordernden Situationen wie der Covid-19-Pandemie.

4.) Ja. Für eine Demokratie ist eine qualitative, vielfältige und lokal präzise Medienerstattung entscheidend. Diese ist jedoch durch den zunehmenden wirtschaftlichen Druck, zum Beispiel durch wegbrechende Werbeeinnahmen, bedroht. Die GLP begrüsst die Förderung der Regionalmedien und die Förderung von Online-Medien. Die ausgebaute Zustellermässigung traditioneller Printmedien wurde auf sieben Jahre befristet und wird so als vertretbar betrachtet. Innovation wird und muss trotzdem stattfinden.

Abstimmung



FDP
Martina
Zürcher-Böni,
FDP 10

1.) Nein. Die Schweiz hat bereits strenge Vorschriften für die Durchführung von Tierversuchen. Die Initiative will nun Tierversuche komplett verbieten und einen Import von Produkten, für deren Entwicklung Tierversuche unternommen worden sind, ebenfalls untersagen. Durch die Initiative wäre keine Forschung zu Krankheiten wie Krebs oder Alzheimer mehr möglich und auch der Import von verschiedenen Medikamenten und Impfstoffen wäre nicht mehr erlaubt.

2.) Nein. Die Initiative will ein reines Werbeverbot für Tabak, was weder effektiv noch liberal ist. Wird die Initiative abgelehnt, tritt direkt das neue Tabakproduktegesetz in Kraft. Dieses umfasst verschiedene Massnahmen zum Jugendschutz, beispielsweise ein Verkaufsverbot unter 18 Jahren oder ein Werbeverbot an Sportveranstaltungen.

3.) Ja. Mit der sogenannten Emissionsabgabe steht die Schweiz in Europa fast allein da. Wenn ein Unternehmen Eigenkapital aufnimmt, muss es 1 Prozent davon als Steuer abliefern, sobald kumuliert eine Million Franken überschritten ist. Diese Steuer hemmt neue Unternehmen, welche ohnehin auch Gewinn- und Kapitalsteuern bezahlen.

4.) Nein. Bereits heute unterstützt der Bund die Zustellkosten von Zeitungen und Vereinspublikationen, Lokalradios und Regionalfernsehen finanziell. Mit diesem Gesetz würden die bestehenden Subventionen massiv ausgebaut und neu auch Online-Medien staatlich mitfinanziert. Wenn Online-Medien direkt vom Staat finanziert werden, dann sind sie nicht mehr gleich unabhängig.



GRÜNE
Tina Erb,
Grüne
Kreis 6 und 10

1.) Nein. Wir Grünen setzen uns seit jeher für das Tierwohl ein, doch diese Initiative schiesst übers Ziel hinaus. Unbedenkliche Beobachtungsstudien wären verboten und die Erforschung von Arzneimitteln, Impfstoffen und wichtigen Medizinprodukten stark eingeschränkt, was für unsere Gesundheitsversorgung gravierend wäre. Tierversuchsforschung soll so weit wie möglich ersetzt, verringert oder verbessert werden, jedoch ohne Gefährdung unserer Gesundheitsversorgung.

2.) Ja. Jugendliche, die gar keine Tabakprodukte kaufen dürfen, sollen auch nicht zum Rauchen verführt werden. Der Tabakkonsum fordert jährlich 10 000 Todesfälle und 5,6 Milliarden Franken Gesundheitskosten. Auch der Gegenvorschlag ist eine Farce, da dieser Werbung in Gratiszeitungen, an Festivals und in sozialen Medien weiterhin erlaubt – da wo Jugendliche sich aufhalten.

3.) Nein. Die Abschaffung der Stempelsteuer ist ein Steuergeschenk an Aktiengesellschaften und hilft den KMUs nicht. Zudem bescherte die Abschaffung dem Bund Einbussen in Millionenhöhe und dies während einer Pandemie. Wie die Erfahrung zeigt, führen Steuersenkungen zur Erhöhung von Mehrwertsteuer oder Einkommenssteuer. Stoppen wir die Steuersenkungsgelüste für Reiche.

4.) Ja. Unabhängige, dezentrale und gut recherchierte Medien sind unabdingbar für eine funktionierende Demokratie. Sie tragen zur Meinungsbildung bei und verringern Falschinformationen. Die Medien, insbesondere lokale Medien, müssen sich neu orientieren und dem digitalen Wandel anpassen. Für diesen Prozess sollen sie eine befristete finanzielle Anschubhilfe erhalten.



SP
Mathias
Egloff,
SP 10

1.) Nein. Die Initiative will Tierversuche und Versuche mit Menschen ganz verbieten. Ebenso den Import von Medikamenten, welche mit Tierversuchen entwickelt wurden. Einfach alles zu verbieten, greift jedoch viel zu kurz. Die Forschenden in der Schweiz leisten viel, um diese Versuche – wo es geht – durch andere Methoden zu ersetzen. Ohne sie stünde jedoch die Erforschung von Krebs, Depression oder Alzheimer still. Die Initiative zeigt keinen Lösungsweg auf.

2.) Ja. Das Geschäftsmodell der Tabakkonzerne ist die Nikotinsucht. Es wäre ein grosser Gewinn für die Gesundheit, für die Finanzen, fürs Wohlbefinden, wenn niemand mehr mit dem Rauchen anfinge.

3.) Nein. Die Abschaffung der Stempelsteuer bezweckt, dass wir alle Konsum-Steuern zahlen müssen, grosse Firmen aber nicht. Diese zahlen Stempelsteuer, wenn sie neue Aktien verkaufen. Fällt diese Steuer weg, steigen stattdessen andere Steuern, zum Beispiel die Mehrwertsteuer. Das ist ungerecht und nützt nur ausgewählten Grossfirmen. Es sind aber KMU, welche Arbeitsplätze schaffen und die Wirtschaft am Laufen halten. Diese würden von der Abschaffung praktisch nicht profitieren. Nein zum neuesten Steuer-Bschiss.

4.) Ja. Das Mediengesetz stärkt die unabhängigen, vor allem kleinen und lokalen Medien. Diese können sich immer weniger mit Werbung auf ihren Zeitungs- oder Internetseiten finanzieren. Das Gesetz fördert die Qualität und ermöglicht es allen, sich zu informieren, ohne dass Interessengruppen oder unbekannte Geldgeber dies für ihre Zwecke manipulieren. Damit fördert das Gesetz auch die Demokratie.



AL
Judith Stofer,
AL,
Kreis 6 und 10

1.) Nein.

2.) Ja. Kinder und Jugendliche, die von Gesetzes wegen keine Rauchwaren konsumieren dürfen, sollen nicht mit Tabakwerbung zugespäst werden. Es ist eine Tatsache, dass Tabakkonzerne ihre Produkte bei Kindern und Jugendlichen bewerben, so zum Beispiel bei Musikfestivals. Die meisten Raucher*innen haben als Minderjährige mit dem Rauchen angefangen. Die Volksinitiative ist von Ärzten und Ärztinnen, Jugend- und Sportverbänden und Krebs- und Lungenliga lanciert worden.

3.) Nein. Wird die Stempelsteuer abgeschafft, verliert der Bund Steuereinnahmen von jährlich 250 Millionen Franken. Von dieser Vorlage profitieren hauptsächlich grosse Unternehmen. Fallen diese 250 Millionen Franken weg, müssen sie entweder anderswo eingespart oder neu erhoben werden.

4.) Ja. Diese Vorlage ist nicht nur wichtig für Medienschaffende, sondern auch für eine funktionierende Medienlandschaft, eine informierte Öffentlichkeit und damit schlussendlich für die Demokratie. Zwar erhalten die vier grossen Verlage (Tamedia, Ringier, CH Media und NZZ) sehr viel von den rund 150 Millionen Franken. Aber auch die «Kleinen» erhalten immer noch genug. Die Unterstützung der «Kleinen» wie private Radios und Lokalfernsehveranstalter sowie Online-Medien wirkt nachhaltig und fließt direkt in die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Medienschaffende. Zudem erhalten Aus- und Weiterbildungsinstitutionen und Presserat neu mehr Mittel. Und die neuen Online-Medien wie beispielsweise «Republik» und «Tsüri» erhalten insgesamt 30 Millionen Franken.